



Stadtrat

Beschlusspublikationen unter Vorbehalt des fakultativen Referendums
der Sitzung von Montag, 9. Mai 2011, im grossen Saal der alten Mühle

Der Stadtrat fasste an seiner Sitzung vom 9. Mai 2011, unter Vorbehalt des fakultativen Referendums, folgenden Beschluss:

1. Der Stadtrat stimmt der Vermietung der Seniorenwohnungen St. Urbanstrasse 40 und 42 gemäss Miet- und Hausverwaltungsvertrag zwischen der CoOpera Sammelstiftung und der Stadt Langenthal im Sinne der Ausführungen des gemeinderätlichen Berichts vom 6. April 2011 zu.

2. Zur Finanzierung der Vermietung der Seniorenwohnungen werden jährlich wiederkehrende Ausgaben zulasten der Laufenden Rechnung wie folgt bewilligt:

■ zulasten der Sammelbudgetierung Personal	Fr.	50'000.00
■ zulasten der Sammelbudgetierung Sachaufwand (inkl. Inkassoausfälle)	Fr.	50'000.00
■ zulasten Konto Nr. 541.318.55, Honorare Dritter	Fr.	7'000.00

Die zu erwartenden Erträge von Fr. 97'000.00 werden auf Konto Nr. 541.439.00, verschiedene Erträge, vereinnahmt.

3. Zulasten der Laufenden Rechnung 2011 wird ein Nachkredit von Fr. 49'500.00 bewilligt:

■ zulasten der Sammelbudgetierung Personal	Fr.	21'000.00
■ zulasten der Sammelbudgetierung Sachaufwand (inkl. Inkassoausfälle)	Fr.	22'500.00
■ zulasten Konto Nr. 541.318.55, Honorare Dritter	Fr.	6'000.00

Die zu erwartenden Erträge von Fr. 47'000.00 werden auf Konto Nr. 541.439.00, verschiedene Erträge, vereinnahmt.

Ab dem Jahr 2012 sind die gemäss Beschlusspunkt 2 notwendigen Beträge im Voranschlag einzustellen.

4. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.

Langenthal, 9. Mai 2011

STADTRAT LANGENTHAL

Die stv. Sekretärin:

Mirjam Tschumi Walder, stv. Stadtschreiberin

Ein Referendum gilt dann als zustande gekommen, wenn mindestens 400 in Gemeindeangelegenheiten Stimmberechtigte innert 30 Tagen seit der Veröffentlichung des Beschlusses, das heisst bis spätestens 14. Juni 2011, unterschriftlich beim Gemeinderat verlangen, dass das oben erwähnte Geschäft der Gemein-deabstimmung zu unterbreiten ist (Art. 29 Abs. 2 Stadtverfassung vom 22. Juni 2009).

Eine allfällige Beschwerde gegen Beschlüsse des Stadtrates ist innert 30 Tagen seit der Veröffentlichung einzureichen. Es wird auf Art. 60 ff. des Gesetzes vom 23. Mai 1989 über die Verwaltungsrechtspflege (VRPG) und auf die Bestimmungen der kantonalen Gemeindeverordnung vom 16. Dezember 1998 verwiesen.

Die Akten liegen im Präsidialamt zur Einsichtnahme durch die Stimmberechtigten auf.



Stadtrat

Beschlusspublikationen unter Vorbehalt des fakultativen Referendums
der Sitzung von Montag, 9. Mai 2011, im grossen Saal der alten Mühle

Der Stadtrat fasste an seiner Sitzung vom 9. Mai 2011, unter Vorbehalt des fakultativen Referendums, folgenden Beschluss:

- 1. Das Reglement (Neuerlass) über die Auszeichnung für gute Bauten in der Stadt Langenthal (Version vom 10. Januar 2011) wird genehmigt.**
- 2. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

Langenthal, 9. Mai 2011

STADTRAT LANGENTHAL

Die stv. Sekretärin:

Mirjam Tschumi Walder, stv. Stadtschreiberin

Ein Referendum gilt dann als zustande gekommen, wenn mindestens 400 in Gemeindeangelegenheiten Stimmberechtigte innert 30 Tagen seit der Veröffentlichung des Beschlusses, das heisst bis spätestens 14. Juni 2011, unterschriftlich beim Gemeinderat verlangen, dass das oben erwähnte Geschäft der Gemeindeabstimmung zu unterbreiten ist (Art. 29 Abs. 2 Stadtverfassung vom 22. Juni 2009).

Eine allfällige Beschwerde gegen Beschlüsse des Stadtrates ist innert 30 Tagen seit der Veröffentlichung einzureichen. Es wird auf Art. 60 ff. des Gesetzes vom 23. Mai 1989 über die Verwaltungsrechtspflege (VRPG) und auf die Bestimmungen der kantonalen Gemeindeverordnung vom 16. Dezember 1998 verwiesen. Die Akten liegen im Präsidialamt zur Einsichtnahme durch die Stimmberechtigten auf.
